

Nr. 03/09 vom 05.03.2009

Der Entwurf des Energieeffizienzgesetzes

Berlin. Parallel zu den laufenden Verhandlungen zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium über den Entwurf des Energieeffizienzgesetzes beschäftigte sich der Arbeitskreis Zukunftsenergien des Forum für Zukunftsenergien unter der Moderation vom Vorsitzenden Dr. Frank-Michael Baumann mit diesem Thema.

Das Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz dient der Umsetzung der EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, die bereits bis zum 17.05.2008 hätte umgesetzt sein müssen. Die Federführung liegt im Bundeswirtschaftsministerium, das einen Entwurf vorgelegt hat, der die Richtlinie im Wesentlichen 1:1 umsetzt. Das Bundesumweltministerium hat den Entwurf um einige Regelungen ergänzt, die über die Vorgaben der Richtlinie hinausgehen. Der Gesetzesentwurf wurde wegen des Zeitdrucks unabgestimmt in die Verbändeanhörung gegeben, die am 09. Februar 2009 stattfand.

Dieser Gesetzesentwurf sieht u.a. vor, dass die Bundesregierung einen nationalen Einsparwert festlegt, der sich an dem energiepolitischen Ziel der Bundesregierung orientiert, bis zum Jahr 2020 die Energieproduktivität gegenüber dem Jahr 1990 zu verdoppeln. Die Vorgabe wäre höher als die Vorgabe aufgrund der EU-Richtlinie (9% in 9 Jahren).

Die zwischen den Ressorts streitigen Punkte wurden einleitend von der Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien, Dr. Annette Nietfeld, vorgestellt. Als solche sind u.a. die vorgesehenen Verpflichtungen von Energielieferanten und die Vorschriften zum betrieblichen Energiemanagement zu nennen.

Kommentiert wurde der Entwurf von Dr. Matthias Hessling (Geschäftsführer, Stadtlicht GmbH), Dr. Joachim Schneider (Mitglied des Vorstandes, ABB AG), Thomas Mock (Leiter Public Affairs, Hydro Aluminium Deutschland GmbH) sowie Michael Bode (Mitglied der Geschäftsführung, MTU Onsite Energy GmbH).

Dr. Hessling, Herr Bode und auch Herr Dr. Schneider schätzten Effizienzziele übereinstimmend als realisierbar ein. Im Segment „Straßenleuchtung“ – so Dr. Hessling – liege das Einsparpotenzial sogar weitaus höher. Herr Bode führte aus, dass die von MTU Onsite Energy produzierten Brennstoffzellensysteme dazu beitragen können, diese Ziele zu erreichen. Herr Dr. Schneider seinerseits nannte ebenfalls verschiedene Möglichkeiten dafür, wie durch neue Techniken die Einsparpotentiale in der und durch die Elektroindustrie realisiert werden könnten.

Herr Mock unterstrich dazu im Gegensatz, daß in seiner Branche die

Effizienzpotentiale der Elektrolyse bereits entscheidend verbessert wurden und es in diesem Prozess keine weiteren Einsparpotentiale gebe.

Unabhängig von diesen Statements das Einsparziel betreffend, wurde der Gesetzentwurf mit seinen ordnungspolitischen Maßnahmen von Herrn Bode, Herrn Dr. Schneider und Herrn Mock scharf kritisiert. Die Kritik richtete sich in weiten Teilen gegen den Vorschlag des Bundesumweltministeriums, alle Lieferanten von Strom, Gas, Fernwärme, Heizöl und Kohle dazu zu verpflichten, in jedem Jahr Effizienzmaßnahmen und –programme durchzuführen, die zu einer Minderung der Liefermengen bei den Endkunden um mindestens 1% führen. Insbesondere Herr Dr. Schneider wandte sich gegen diesen Vorschlag und stellte die Frage nach der Realisierbarkeit und der Sinnhaftigkeit einer solchen Regelung. Er nannte das Beispiel einer Ölheizung, die durch eine stromgetriebene Wärmepumpe ersetzt wird. Diese Maßnahme sei unter der Voraussetzung, dass es sich um Strom aus erneuerbaren Energien handele zu begrüßen, würde aber dennoch nicht mit dem Gesetz konform sein, weil sie zu einem höheren Stromverbrauch führe. Seiner Meinung nach behindern standardisierte Maßnahmen Eigeninitiative und Innovationen im zukunftsfähigen Markt der Energiedienstleister. Er plädierte dafür, Anreize und keine Bürokratie zu schaffen.

Außerdem stand die vorgeschlagene Regelung, die große Teile des produzierenden Gewerbes dazu verpflichten soll, ein betriebliches Energiemanagementsystem einzuführen, im Fokus der Kritik. Sie wurde in den Gesetzesentwurf aufgenommen, obwohl im Rahmen des IEKP die Bundesregierung festgelegt hatte, bis 2013 eine Vereinbarung über die Koppelung von Steuerbegünstigungen bei der Energie – und Stromsteuer an ein Energiemanagement zu treffen. Von den verpflichtenden Energiemanagementsystemen betroffen wäre insbesondere die energieintensive Industrie. Als einer ihrer Vertreter sprach sich insbesondere Thomas Mock dagegen aus, da ein energieintensives Unternehmen heute bereits mit Energiemanagementsystemen arbeiten würde. Die Rechte und die Pflichten, die aus einem solchen Gesetz entstehen würden, würden jedoch weitere Entwicklungen verhindern und seien deshalb verfehlt.

Er plädierte für eine 1:1 Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass trotz des einheitlichen europäischen Rechts die Gesetze in Deutschland häufig schärfer gefasst würden als in anderen Mitgliedstaaten. Dies führe zu höheren Produktionskosten, von denen zurzeit insbesondere die deutschen Standorte der Aluminiumindustrie bedroht seien.

Die abschließende Diskussion mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Dirk Becker (SPD), Hans-Josef Fell (Bündnis 90 / Die Grünen) und Gudrun Kopp war u.a. ebenfalls geprägt von der Frage, ob die geplanten Gesetzesvorgaben über die EU-Richtlinie hinausgehen sollten.

Die Präsentationen der Vortragenden stehen auf der Homepage des Forum für Zukunftsenergien zum Download bereit.

Hinweis:

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises Zukunftsenergien findet am 13. Mai 2009 statt.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Kontakt:

Katja Freitag
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de